

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 802

Mittwoch, 10. April 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ein Bürgermeister der MLP - Teil 2:	1
17 Gouverneure, die der Partei von Giammattei angehörten, werden entlassen	3
Die Umweltministerin wird die Lizenz für die Mine Cerro Blanco nicht zurücknehmen	4
Das Stadtviertel Bethania begegnet der Diskriminierung durch widerständige Kunstaktionen.....	5
Bernardo Arévalo: USAID-Gelder in Höhe von 1 Mrd. Q für die ländliche Entwicklung	6

Ein Bürgermeister der MLP - Teil 2:

Santo Domingo Suchitepequez, 13. März

In dem Online-Magazin Plaza Pública hat die Redaktion eine längere Reportage über einen von zwei Bürgermeistern der MLP in Guatemala gefunden. Es handelt sich um Miguel Ángel Ixcal Pérez, ein 58-jähriger Quiché, der seit mehr als zwei Jahrzehnten Aktivist des Komitees für bäuerliche Entwicklung (CODECA) ist und 2023 gewählt wurde. In dem ersten Teil im letzten Heft wurde die Person und seine Region vorgestellt. Im heutigen zweiten Teil wird es über den aktuellen Kampf für indigene und Landrechte gehen und die Zukunft des Ortes und der Region an der Costa Sur.

Bäuerliche Organisation

Dass so viele Menschen aufgrund fehlender Perspektiven migrieren, hat auch die Bevölkerung von Santo Domingo Suchitepequez motiviert, sich zu organisieren. In dem Weiler Monseñor Romero im Süden der Gemeinde wurde 1992 das Komitee für bäuerliche Entwicklung (CODECA) von Landarbeiter*innen und Indigenen gegründet, die für die Land- und Arbeitsrechte der auf den Höfen arbeitenden Familien kämpfen.

Derzeit gibt es laut Cindy Celedón, Bewohnerin des Weilers Conrado de la Cruz und Vertreterin des organisierten Widerstandes an der Costa Sur, etwa 20 Organisationen, die sich für den Schutz des Territoriums, der Umwelt und der Menschenrechte der Gemeinden einsetzen, obwohl nicht alle von ihnen einen legalen Status haben.

Die Unzufriedenheit konzentriert sich vor allem auf die Monokulturen in der Region, die von den Gemeindevorständen für die Schädigung des Territoriums und die Aneignung der natürlichen Ressourcen verantwortlich gemacht werden.

"Um uns herum gibt es Palmen- und Bananenplantagen und Zuckermühlen, die die Umwelt verschmutzen und dadurch eine drastische Veränderung in den Gemeinden bewirken. Deshalb haben wir uns entschieden, einen Wandel herbeizuführen, damit sich die Bedingungen in den Gemeinden verbessern können. Er - der Bürgermeister - hat in extremer Armut gelebt. Die Farmen haben uns verarmt und er hat die Situation erkannt. Die Organisationen sind kriminalisiert worden", sagt Celedón.

Eine der Pflanzenkulturen, die in Santo Domingo den meisten Raum einnimmt, ist das Zuckerrohr. Im Jahr 2020 nahmen diese Plantagen 25 Prozent des gesamten Gemeindegebiets ein.

Luis Miguel Paiz, Generaldirektor der Vereinigung der Zuckerfabriken Guatemalas (AZASGUA), in der neun Zuckerfabriken zusammengeschlossen sind, sagte, dass sie Methoden eingeführt haben, um nur das Wasser zu verwenden, das das Zuckerrohr je nach Alter der Pflanze, Temperatur der Umgebung, Art des Bodens und anderen Variablen benötigt. Darüber hinaus würden demnach jährlich 1 Million Bäume in den oberen, mittleren und unteren Wassereinzugsgebieten aufgeforstet. "78,95 Prozent des für die Zuckerrohrproduktion verwendeten Wassers wird durch Regenwasser bereitgestellt. Es stimmt zwar, dass Wasser für die Bewässerung verwendet wird, aber wie bei allen landwirtschaftlichen Kulturen bemühen wir uns, nur das Nötigste zu verwenden. Wir engagieren uns für einen offenen und konstruktiven Dialog mit den lokalen Gemeinschaften. Wir respektieren die Menschenrechte und die Integrität der Menschen", rechtfertigte er sich.

Eine weitere Monokultur in diesem Gebiet ist die afrikanische Palme. In einer E-Mail versicherte das Unternehmen, dass es an technischen Rundtischgesprächen mit verschiedenen Sektoren der Gemeinde zum Schutz der Wassereinzugsgebiete teilnehme und "eine regelmäßige Überwachung der Flüsse durchführt, um das Verhalten dieser Gewässer kennenzulernen und auf andere Nutzer*innen Rücksicht zu nehmen".

Die Auswirkungen von Monokulturen sind jedoch nicht zu übersehen. Ein vom Instituto de Investigación en Ciencias Naturales y Tecnología (Iarna) erstelltes [Umweltprofil der Böden](#) in Guatemala warnt davor, dass Monokulturen die Böden beeinträchtigen, z. B. durch den Verlust der Bodenfruchtbarkeit und die Verringerung der Bodennährstoffe, was einen erhöhten Einsatz von Düngemitteln erforderlich mache. Dies stelle eine Bedrohung für die Artenvielfalt in den Gebieten dar und führe zu einer Verunreinigung der umliegenden produktiven Flächen. Darüber hinaus schätzt IARNA, dass die Ausdehnung der afrikanischen Palm- und Zuckerrohrmonokulturen in den letzten zwei Jahrzehnten die Ungleichheit bei den Landbesitzverhältnissen verschärft hat. "Das für die landwirtschaftliche Produktion am besten geeignete Land konzentriert sich nicht nur auf Exportkulturen, sondern liegt auch in der Hand nur weniger Eigentümer*innen", heisst es in der Studie.

Verfolgung

Im Hof seines Hauses sitzend, zeigt Bürgermeister Miguel Ángel Ixcal Pérez auf einen Bürgersteig an seiner Seite und umkreist ihn mit seinem Zeigefinger. Es ist genau die Stelle, an der seine Frau, Dominga Ramos Saloj, 53, im März 2020 ermordet wurde. Sie war in der Gemeinde als Menschenrechtsverteidigerin bekannt und dafür, dass sie sich zusammen mit anderen Frauen für den Anbau von Loroco (*Echites panduratus*), einer Weinranke mit essbaren Blüten, einsetzte.

Der Mord wurde von der Staatsanwaltschaft noch nicht aufgeklärt. "Sie schleppte sich mit Kugeln im Körper vom Tatort fort und starb hier. Am 5. März werden es vier Jahre sein", sagt Ixcal am Rande der Tränen. "Der Fall ist nicht vorangeschritten und es ist schwer für uns zu verstehen. Ich habe mich sehr nachdrücklich dafür eingesetzt. Die Informationen liegen vor und wir verstehen nicht, warum es keine Haftbefehle gegen die Verantwortlichen gibt", beklagt er.

Etwa sechs Monate zuvor (*also im Herbst 2019, d.Red.*) wurde eine andere Führungspersönlichkeit der Gemeinde, Diana Isabel Hernández Juárez, Lehrerin und Mitglied der Umweltpastoral der Pfarrei Nuestra Señora de Guadalupe, ermordet, als sie an einer Prozession in der Gemeinde Monte Gloria teilnahm. Sie engagierte sich für die Pflege und den Schutz der Umwelt. "Sie prangerte den Raubbau an Wasser und Boden und die starke Verschmutzung in unseren Gemeinden an. Als Frauen-, Bauern- und Studierendenorganisationen unterstützen wir diese lokale Regierung im Kampf gegen diejenigen, die sich das Land von Santo Domingo aneignen", sagt Cindy Celedón von der Widerstandsbewegung der Südküste.

In Santo Domingo, wie auch in anderen Gebieten, in denen die Verteidigung der natürlichen Ressourcen umstritten ist, beklagen die Gemeindevorstände, dass sie ständig Verfolgungen und Drohungen ausgesetzt seien.

Vicenta Jerónimo, ehemalige Abgeordnete der MLP, berichtet, dass in den letzten fünf Jahren landesweit 28 Morde an CODECA-Mitgliedern registriert wurden. "Im Jahr 2021 haben wir eine Demonstration veranstaltet und die Staatsanwaltschaft gebeten, diese Morde auf nationaler Ebene zu verfolgen. Wir haben eine Kommission, die sich aus mehreren CODECA-Kolleg*innen und Berater*innen zusammensetzt und zu der wir jeden Monat gehen, und obwohl es Fortschritte bei den Ermittlungen gibt, sehen wir immer noch keinen Haftbefehl", kritisierte Jerónimo.

Dieser Runde Tisch wurde unter dem Vorsitz von Ixcal Pérez im Februar 2021 mit dem ehemaligen Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit, Juan Francisco Sandoval, eingerichtet, bevor dieser entlassen wurde. Doch die Fortschritte waren nicht wie erwartet. "Wir konnten den politischen und juristischen Willen des ehemaligen Staatsanwalts von FECCI, Juan Francisco Sandoval, erkennen. Er hat uns zugehört und wir haben ihm unsere Forderungen vorgelegt. Leider wurde er Monate später entlassen. Wir haben die Angelegenheit weiterverfolgt, aber es wurden kaum Fortschritte erzielt", so der Bürgermeister.

Die Zukunft

Die Gemeinde Santo Domingo Suchitepéquez verwaltet einen Haushalt von 53 Millionen Quetzales (= 6,127 Mio.€), was drei Prozent des Haushalts einer Gemeinde wie Guatemala-Stadt entspricht – 1.856.700.000 Quetzales (= 216 Mio. €). Im Vergleich zu den Bedürfnissen der Gemeinde scheinen die Mittel begrenzt zu sein.

Aus diesem Grund verliert Ixcal Pérez den Vorschlag der verfassungsgebenden Volks- und Plurinationalen Versammlung nicht aus den Augen, der von dem MLP und dem CODECA in den letzten Jahren am meisten vorgebracht wurde, um wesentliche Veränderungen im Leben der indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften zu bewirken. Der Bürgermeister ist überzeugt, dass die Lösung nicht in einer Reform des derzeitigen politischen Systems liegt, sondern in der Gründung eines neuen Staates, der das gesamte System verändert". "Die drei Zweige der Regierung des Landes, die Legislative, die Exekutive und die Judikative, seien vom organisierten Verbrechen vereinnahmt worden. Diejenigen, die

ihre Stimme erheben, werden zum Schweigen gebracht. Bei der Gründung eines neuen Staates durch eine verfassungsgebende Versammlung muss die gesamte Bevölkerung berücksichtigt werden. Die derzeitige Verfassung der Republik wurde nicht vom Volk, sondern von den Criollos nach ihrem eigenen Willen geschaffen", sagt er.

Die MLP, die sich bei den letzten beiden Wahlen für dieses Programm eingesetzt hatte, wurde vor kurzem von der TSE aufgelöst, weil sie nicht einen einzigen Sitz in einem Parlament gewinnen konnte. Ixcal analysiert die Wahlniederlage unter verschiedenen Gesichtspunkten. Er erwähnt die Kriminalisierung und Verfolgung ihrer Mitglieder, die Sabotage der Präsidentschaftskandidatur von Thelma Cabrera und Jordán Rodas, die nicht registriert wurde, die wirtschaftlichen Einschränkungen, unter denen sie im Vergleich zu anderen politischen Organisationen litten.

Aber es gibt auch Selbstkritik.

Ixcal übte auch Kritik an seiner eigenen Partei: "Es gibt mehrere Kandidat*innen, die den Plan der Ameisen (Plan de Hormiga) nicht durchgeführt haben; sie sind nicht von Haus zu Haus gegangen oder haben die Botschaft mit der Bevölkerung geteilt. Als Thelma Cabrera 2020 in der ersten Runde den vierten Platz belegte, dachten sie, das würde reichen. Es herrschte Konformismus", warf er ein.

Mit Blick auf die Zukunft versichert der Bürgermeister, dass sich die Basis der indigenen bäuerlichen Bewegung bereits mobilisiert, um ein Komitee für die Gründung einer neuen Partei zu bilden, der auch er angehören wird. "Die Namen der neuen politischen Partei werden bereits diskutiert. Es werden Versammlungen abgehalten, um die vom Gesetz über Wahlen und politische Parteien geforderten Mitglieder zu sammeln, damit die Partei registriert werden kann", sagt er. In der Abenddämmerung steht Ixcal Pérez in dem Weiler Las Delicias an der Seite eines Blechdachs, das einen Raum seines Hauses abdeckt. Das Dach ist noch immer von den Schüssen des Mannes beschädigt, der für den Mord an seiner Frau vor fast vier Jahren verantwortlich ist. Als Gemeindevorsteher hat er gelernt, mit der Bedrohung zu leben. "Wir sind in Gefahr", warnt er. "Letzte Nacht hat ein unbekanntes Auto dort angehalten, wo Sie parken. Wir wissen nicht, wer es war", sagt er, bevor er sich von dem Journalist*innenteam verabschiedet, das ihn interviewt hat. (Plaza Publica)

17 Gouverneure, die der Partei von Giammattei angehörten, werden entlassen

Guatemala, 25. März - Nach mehr als zwei Monaten im Amt kündigte Präsident Bernardo Arévalo die Entlassung von 17 Gouverneuren an, die seit der Regierung von Alejandro Giammattei im Amt geblieben waren, obwohl die meisten Nachfolger*innen noch nicht ernannt wurden.

Das Präsidentialamt teilte mit, dass die Gouverneure in folgenden Departements von ihrer Entlassung benachrichtigt wurden: Izabal, Zacapa, Alta Verapaz, Baja Verapaz, Retalhuleu, Suchitepéquez, Jutiapa Chiquimula, Santa Rosa, Escuintla, Sololá, Chimaltenango, Sacatepéquez, Petén, Huehuetenango, San Marcos und Quetzaltenango. Im Kommuniqué der Präsidentschaft wurde mitgeteilt, dass in den Departements, in denen Stellvertreter*innen ernannt wurden, diese das Amt kommissarisch übernehmen werden, bis die*der eigentliche Gouverneur*innen bestimmt werden. Das ist in den Departements San Marcos, Santa Rosa und Zacapa der Fall.

Das Präsidentialamt wies zudem darauf hin, dass in den Departements, in denen es keine*n stellvertretende*n Gouverneur*in oder Gouverneur*in gibt, der Artikel 38 der Verordnung des Gesetzes über die Räte für städtische und ländliche Entwicklung zu beachten sei, der besage, dass der gesamte Rat für Departemententwicklung (CODEDE) für die Ernennung einer*s Interimgouverneurin*s zuständig sei, bis das Auswahlverfahren abgeschlossen ist.

Es wird 14 Departements geben, in denen CODEDE die Befugnis haben wird, die Vertretung der Exekutive vorübergehend zu wählen. Die von Präsident Arévalo zugewiesene Verantwortung fällt auf die Mitglieder von CODEDE, die wegen ihrer mangelnden Eignung und Transparenz in diesem Prozess kritisiert wurden. Einer der Hauptaspekte, auf den die Zivilgesellschaft hingewiesen hat, ist, dass die Mehrheit der Vertreter in CODEDE dieselben Personen sind, die die Gouverneure unter der Regierung von Alejandro Giammattei oder Jimmy Morales gewählt haben. Das säe Misstrauen.

Präsident Arévalo hat 14 Auswahllisten zurückgewiesen, weil sie kein geeignetes Profil aufweisen. CODEDE muss also die zuvor eingereichten Profile zu überprüfen und eine neue Liste an das Präsidentialamt übermitteln. Das Präsidentialamt hat keine Angaben darüber gemacht, wann ihm die Listen wieder vorliegen werden und somit die noch ausstehenden Gouverneur*innen bestimmt werden können. In einigen Departements wird unterdessen Kritik an den vom Präsidenten ausgewählten Personen geübt und bemängelt, dass die indigene Bevölkerung und andere Gruppen nicht berücksichtigt wurden. (Prensa Comunitaria)

Anmerkung der Redaktion: Ein vertiefender, spanischsprachiger Artikel zu der Problematik findet sich hier: <https://prensacomunitaria.org/2024/03/nombramiento-de-gobernadores-se-realizo-entre-intereses-criminales-y-corruptos/>

Die Umweltministerin wird die Lizenz für die Mine Cerro Blanco nicht zurücknehmen

Guatemala, 25. März - Das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN) veröffentlichte ein Video, in dem Ministerin María José Iturbide mitteilte, dass die Frist für den Widerruf der Genehmigung für den Tagebau der Mine Cerro Blanco in Asunción Mita, Jutiapa, "abgelaufen" sei.

Das Projekt wurde von dem MARN unter der Regierung von Alejandro Giammattei fünf Tage vor dessen Ausscheiden aus dem Amt genehmigt und blieb bis zum 18. Januar unter Ausschluss der Öffentlichkeit, als das kanadische Unternehmen Bluestone Resources (Elevar Resources) in einem Kommuniqué die neue Betriebsgenehmigung bekannt gab.

Iturbide wies darauf hin, dass die Regierung die Genehmigungen nicht von Amts wegen annullieren kann, da die Frist am 17. Januar nach dem Gesetz über administrative Streitfälle ablief, also einen Tag bevor der Fall an die Öffentlichkeit gelangte. Damit ist der Weg für den Gold- und Silberabbau in Jutiapa frei. "Wir sind eine Verwaltung, die sich zu 100 Prozent für den Schutz unserer natürlichen Ressourcen einsetzt, und wir sind bereit, uns an die Entscheidungen der entsprechenden Gerichte in diesem und allen anderen Umweltfällen zu halten", sagte Iturbide in dem Video. Damit überlässt die Ministerin das Problem der Gnade der Gerichte, ohne zu erklären, welche anderen Massnahmen ergriffen werden, um das Bergbauprojekt zu stoppen, und ohne auf die Warnungen vor der Gefahr für die Wasserquellen und die Verschmutzung einzugehen, die die Bevölkerung der Gemeinde Asunción Mita, Jutiapa und der Dörfer und Städte von El Sao Paulo betreffen würde.

Der VOS-Abgeordnete Orlando Blanco warf der Ministerin vor, die Osterferien auszunutzen, um zu verkünden, dass sie "die Ausplünderung des guatemaltekischen Goldes gutheisst". Carlos Barreda, für die selbe Partei Mitglied des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN), berichtete, dass Guatemala und El Salvador das Projekt Cerro Blanco nicht wollen, weshalb PARLACEN Guatemala aufgefordert habe, die Umweltgenehmigung zu widerrufen.

Risiken für die Umwelt

Nach Angaben der Beobachtungsstelle der Bergbauindustrie (OIE) könnte der Betrieb des Bergbauprojekts Cerro Blanco "den Fluss El Tempio in El Salvador und den Bach El Tempisque, der in den Güija-See mündet und mit dem Fluss Lempa verbunden ist, beeinträchtigen". Diese Gewässer überqueren die Grenze zu El Salvador. Darüber hinaus wies die OIE darauf hin, dass sich dieses Projekt vor allem auf die Wasserqualität und -quantität im grenzüberschreitenden Einzugsgebiet auswirken würde. Diese Gewässer gehörten zu den wichtigsten Trinkwasserquellen für Millionen von Menschen. Die Beobachtungsstelle gab an, dass sich der Durchfluss in den Teileinzugsgebieten Morán, Quezalapa, Tamazulapa, Ataicinco und Siguatina verringern und der Wasserstand in den Gemeinden El Tule, La Lima, Cerro Blanco und San Rafael Cerro Blanco sinken würde.

Der Weg zur Genehmigung

Seit 2007 stützte sich das MARN bei der Genehmigung der Umweltlizenz für das Bergbauprojekt Cerro Blanco auf Umweltverträglichkeitsstudien, die Unstimmigkeiten und Informationslücken aufwiesen. Obwohl die Mine in Betrieb genommen wurde, stiess das Unternehmen auf topografische Probleme, da die Stollen, die in geothermischem Gelände gebohrt wurden, ständig überflutet waren. Aufgrund dieser Probleme beantragte das Unternehmen die Aussetzung des Projekts. Die im Bergbaugesetz festgelegten maximalen Fristen sehen vor, dass die Lizenz aufgehoben werden muss, wenn das Projekt nach zwei Monaten noch nicht in Betrieb ist, aber das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) hat dieses Verfahren der Lizenzaufhebung nie eingeleitet.

Im Jahr 2021 beantragte Bluestone Resources beim MEM die Reaktivierung des Bergwerks auf der Grundlage derselben Umweltstudie wie im Jahr 2007, bat aber um eine Änderung der Modalität, d. h. den Betrieb nicht unter Tage, sondern im oberirdischen Tagebau. Am 18. September 2022 veranstalteten mehrere Organisationen und die Bevölkerung von Asunción Mita eine kommunale Anhörung der Nachbar*innen, um die Einwohner*innen zu fragen, ob sie mit dem Bergbauprojekt einverstanden seien oder nicht. Von den 8.385 befragten Personen stimmten 7.481 gegen das Bergbauprojekt.

Ein Jahr später reichte Bluestone Resources jedoch eine Verfassungsklage gegen drei Artikel der kommunalen Konsultationsverordnung ein, auf die sich die Organisationen und Einwohner*innen von Asunción Mita stützten, um festzustellen, ob die Bevölkerung das Projekt befürwortete.

Das Verfassungsgericht beschloss, diese drei Artikel ausser Kraft zu setzen, so dass die Ergebnisse der Konsultation ohne Wirkung blieben. Im Oktober 2023 bestätigte das Verfassungsgericht ausserdem die Aufrechterhaltung der Genehmigung für die Wiederaufnahme des Tagebaubetriebs.

Auf der Grundlage dieser Beschlüsse genehmigte das MARN (während der Amtszeit von Giammattei) am 9. Januar die Änderung des Umweltinstruments, und Bluestone Resources gab ein Kommuniqué heraus, in dem der Beginn des Gold- und Silberabbaus angekündigt wurde. Zudem wurde mitgeteilt, dass das MEM die genehmigte Cerro-Blanco-Lizenz aktualisiert hat, um den Tagebau zu ermöglichen.

Beschwerde und Prüfung

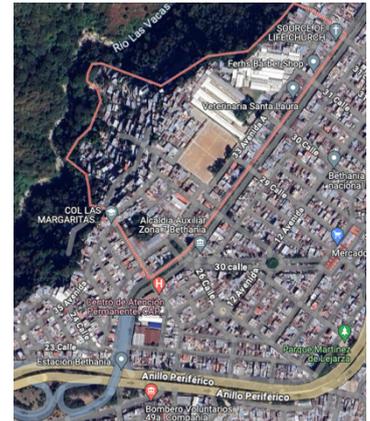
Am 27. Februar teilte die Ministerin María José Iturbide mit, dass sie bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt habe, weil in der Akte des Cerro Blanco-Projekts 939 Seiten fehlten. Iturbide erklärte, dass die Beschwerde auch auf administrative Mängel hinwies, die von der Staatsanwaltschaft untersucht werden sollten, um festzustellen, ob diese einen Straftatbestand erfüllen.

Die Leiterin von MARN sagte auch, dass sie Besuche vor Ort durchgeführt und keine Umweltschäden festgestellt hätten, da die Mine noch nicht in Betrieb sei. Iturbide sagte heute, man habe den Rechnungshof um eine Prüfung der Akte gebeten. Die Beamtin wurde von der Fraktion von VOS vor den Kongress geladen, um die Situation der Mine zu erläutern, aber sie hat sich entschuldigt und es auch versäumt, ihre stellvertretenden Minister dafür abzuordnen, um der Vorladung nachzukommen, sagte Blanco am 19. März. (Prensa Comunitaria)

Das Stadtviertel Bethania begegnet der Diskriminierung durch widerständige Kunstaktionen

Guatemala, 24. März - Am Samstagnachmittag, dem 23. März, füllte sich der Eingang zum Stadtviertel Bethania, Zone 7, mit Musik, Tanz, Jonglieren und anderen künstlerischen Darbietungen, die auf der Bühne des Festivals gegen Diskriminierung stattfanden. Auf diese Weise reagierten die Anwohner*innen auf die stigmatisierenden Botschaften des Abgeordneten von VAMOS und ex-Kongresspräsidenten, Allan Rodríguez.

Ein Teil der Umgehungsstrasse wurde gesperrt, damit die Bewohner*innen der Siedlung Bethania und der umliegenden Gebiete die geplanten Veranstaltungen besuchen konnten. Im Laufe der Zeit füllte sich auch der Gehweg in der Nähe der Bühne mit Menschen. Bei der Einweihung forderten die Organisatoren Rodríguez auf, sich öffentlich für seine Äusserungen zu entschuldigen, mit denen er die Fraktion von SEMILLA angegriffen hatte.



Der international wegen Korruptionsvorwürfen sanktionierte Rodríguez hatte Abgeordnete von SEMILLA angegriffen und behauptet, diese hätten ein Gesetz, das Bandenmitglieder (Maras) zu Terroristen erklärt, nicht unterstützt, weil die Bewohner*innen der Zone 7 an Demonstrationen zur Verteidigung der Demokratie teilgenommen hätten. "Sie haben zugunsten der Maras abgestimmt, weil Sie Vereinbarungen mit ihnen haben, weil Sie gemeinsam mit ihnen das Land blockiert haben, weil Sie gemeinsam mit ihnen den Killern von La Bethania geholfen haben, den Kriminellen, die das Volk von Guatemala behindern, das ist die Vereinbarung, die Sie mit den Banden haben", sagte Rodríguez in der Plenarsitzung des guatemalteckischen Kongresses am 14. März.

"Wir sind es leid, kritisiert zu werden. Und wir bitten diesen Herrn (Allan Rodríguez), sich zu entschuldigen, denn so wie er um Hilfe gebeten hat, damit wir ihn unterstützen können, hat er jetzt vergessen, was Bethania für ihn war", sagte einer der Organisatoren des Festivals gegen Diskriminierung. Er wies auch darauf hin, dass das Stadtviertel Künstler*innen, Fußballspieler*innen und andere Fachleute hervorgebracht habe.

Auf der Bühne meldeten sich auch die Nachbar*innen zu Wort. Marco Antonio Castillo sagte, er sei einer der Organisatoren der ersten Siedlung in Bethania nach dem Erdbeben von 1976 gewesen. Laut Castillo wurde Bethania unter der Leitung des ermordeten Ex-Bürgermeisters Manuel Colom Argueta aufgrund des Bedarfs an Wohnraum besiedelt. "Bethania ist eine Stadt mit ehrlichen, hart arbeitenden Menschen, und es wird nicht irgendjemand kommen und uns diskriminieren, denn wir kennen unsere Geschichte besser als jeder Dieb im Kongress", sagte Castillo, der auch ein Buch mit dem Titel "Von der Schlucht nach Saker'ti" geschrieben hat.

Marvin Rivera, ein anderer Nachbar, der seit 49 Jahren in Bethania lebt, sagte, dass er trotz seines Rollstuhls seit seinem 13. Lebensjahr als Verkäufer in Bussen arbeitet und nun mit seinem eigenen Geschäft seine Kinder unterstützen kann. "Herr Allan Rodríguez, es beunruhigt mich, dass Sie uns beleidigen. Ich habe nie einen Pfennig gestohlen, aber Sie haben gestohlen", sagte Rivera.

Einige Teilnehmer*innen trugen Schilder mit Slogans gegen die korrupte Verwaltung des Abgeordneten von Sololá, andere erklärten, sie seien stolz darauf, in der Kolonie zu leben. "Ich bin Bethania, ich bin Würde", stand auf einem Plakat. Am Abend hatten die Kinder auch die Möglichkeit, ihre Gefühle auf Plakate zu schreiben, die auf den Asphalt geklebt wurden.

Der Abend begann mit einer Batucada-Show, jungen Leuten auf Stelzen (siehe Fotoausschnitt) und einer Jongleurin, die auf dem Laufsteg ihre akrobatischen Kunststücke mit Tüchern vorführte.



Bis spät in die Nacht verwandelte sich die Bühne in eine Diskothek, in der die Nachbar*innen bis zum Ende des Festivals tanzten. Die Solidarität kam auch dadurch zum Ausdruck, dass eine Gruppe von Menschen mit Imbissen vorbeikam, um diese an die Besucher*innen zu verteilen.

Während des unbefristeten nationalen Streiks, der am 2. Oktober 2023 begann und mehr als 100 Tage andauerte, war La Bethania eines der ersten Stadtviertel, deren Bewohner*innen auf die Strasse gingen und sich dem Kampf der indigenen Völker für Demokratie und gegen Korruption anschlossen. Sie widersetzten sich erfolgreich und gewaltlos den verschiedenen Versuchen der Bereitschaftspolizei, ihre Blockaden zu räumen.

Die Szenen, die sich am Samstag abspielten, erinnerten an die Szenen während des unbefristeten nationalen Streiks zur Verteidigung der Demokratie. Im Rahmen des Festivals gegen Diskriminierung beteiligten sich Beamt*innen der Untergeneraldirektion für Verbrechenverhütung der Nationalen Zivilpolizei (PNC) mit Aktivitäten für Kinder, darunter ein Stand für Gesichtsbemalung. (Prensa Comunitaria, auch Foto; Screenshot von Google Maps, Bethania, Guate, Zone 7)

Bernardo Arévalo: USAID-Gelder in Höhe von 1 Mrd. Q für die ländliche Entwicklung

Guatemala, 2. April - Die Mittel, die die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) der guatemaltekischen Regierung zur Verfügung stellen wird, sollen laut Präsident Bernardo Arévalo in Programme zur Entwicklung der ländlichen Gebiete investiert werden. Während seines Arbeitsbesuchs in Washington D.C. kündigte die USAID-Administratorin Samantha Power an, dass sie dem Land mehr als eine Milliarde Quetzales (= 115,6 Mio. €) zur Verfügung stellen wird. "Wir werden unsere Bemühungen auf die am meisten vernachlässigten Bereiche der Entwicklung des Landes konzentrieren", sagte sie.

PROJEKTE FÜR DIE ENTWICKLUNG

Der Präsident erklärte, dass sie mit diesen Mitteln öffentliche Investitionen in den Gebieten des westlichen Hochlands, der Verapaces und des Trockenkorridors "privilegieren" würden. "Dies sind die Gebiete, in denen am wenigsten öffentliche Investitionen in die Infrastruktur für die Entwicklung getätigt wurden. Die Investition öffentlicher Gelder wird bevorzugt, um eine Bevölkerung zu unterstützen, die bis jetzt praktisch im Stich gelassen wurde", sagte er. Arévalo erläuterte auch, dass die Projekte den Bau von Nebenstrassen und ländlichen Wegen sowie Investitionen in die Bereiche Gesundheit, Bewässerungssysteme, Bildung, Mikrokredite und landwirtschaftliche Beratung umfassen. "Damit diese Regionen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung heute von der Subsistenzlandwirtschaft lebt, zu Entwicklungsgebieten werden können, in denen die Mehrheit zu kleinen landwirtschaftlichen Produzent*innen wird und damit in die nationale Wirtschaft integriert wird", betonte er.

Die USAID-Administratorin Samantha Power kommentierte in ihrem X-Bericht ihr Treffen mit Arévalo: "Es war grossartig, Bernardo Arévalo und sein Team in Washington DC zu begrüßen. Die Vereinigten Staaten freuen sich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, während Sie daran arbeiten, Ergebnisse für das guatemaltekische Volk zu erzielen, von der Verbesserung der Gesundheitsversorgung über die Erhaltung der biologischen Vielfalt bis hin zur Bekämpfung der Korruption", schrieb sie. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6